

VOSSISCHE ZEITUNG  
WOCHEN-AUSGABE  
VERLAG ULLSTEIN  
BERLIN ULLSTEINHAUS

Ausland-Ausgabe

Nr. 20

Berlin, Sonnabend den 18. Juni 1921

Preis der Nummer  
2 Mark

# Verhandlungen zum Wiederaufbau

## Rathenau und Loucheur

Am 1. Mai drohte der französische Einmarsch in das Ruhrgebiet und damit die Gefahr des völligen Zusammenbruchs zunächst für Deutschland, dann aber auch für ganz Europa. Die Annahme des Londoner Ultimatums hat eine Entspannung herbeigeführt, die ihren bisher sichtbarsten Ausdruck in einer Begegnung des deutschen und französischen Wiederaufbaueministers in Wiesbaden fand. Dr. Rathenau, der ebenso wie Loucheur mit der Technik internationaler Wirtschaftsbehandlungen durch langjährige Praxis vertraut ist, nahm Gelegenheit, den Wunsch Deutschlands zu betonen, seinen Kriegsschuldungspflichten in möglichst weitem Umfang durch Sachleistungen für den Wiederaufbau Frankreichs gerecht zu werden. Die zwölfwöchigen Beratungen erfolgten unter vier Augen und fanden in der französischen Presse bis weit hinein in die Kreise der Rechtsparteien eine überraschend wohlwollende Beurteilung. Besonders wurde betont, dass Deutschland zum ersten Male einen Vertreter entsandt habe, dessen sachliche Kompetenz imponierte. Am charakteristischsten gibt die französischen Stimmungen, die eine leise sich anbahnende Verständigungsmöglichkeit zeigen, Philippe Millet im „Petit Parisien“ wieder, der die augenblicklichen und die dauernden Hindernisse für ein deutsch-französisches Einvernehmen, gleichzeitig aber auch die Notwendigkeit einer Lösung stark betont. Er schreibt:

„Man hätte angesichts der Felsen, die den Weg versperren, das Recht zu zaudern. Dennoch sei es unumgänglich notwendig, vorwärts zu marschieren. Wenn die Begegnung von irgendeinem Nutzen gewesen sei, so sei sie es in der Richtung, dass sie den schmalen Saumpfad gezeigt habe, den es gelte, nimmehr zu beschreiten. Die unmittelbare Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen hänge von der Ausdehnung der wirtschaftlichen und industriellen Zusammenarbeit ab, die zwischen den beiden Ländern herbeizuführen gelingen wird. Ist die Vereinigung französischer Arbeit und französischen Kapitals mit deutscher Arbeit und deutschem Kapital möglich? Ist sie von Gefahr frei? Man könne darauf nicht leichtfertig antworten. Gewiss sei aber, dass man in dieser Richtung die Lösung zu suchen habe. Im Einverständnis mit Dr. Rathenau werde Loucheur die Verbündeten und Frankreich von diesen Bemühungen in Kenntnis setzen.“

Als Ergebnis der Wiesbadener Verhandlungen wurde die Uebereinstimmung festgestellt, ein beschleunigtes Tempo der Wiederaufbauarbeiten herbeizuführen und Deutschland an diesen Arbeiten in erheblichem Masse zu beteiligen. Die Einzelverhandlungen sollen in Paris fortgesetzt werden.

Dem neuen Wiederaufbauminister ist es gelungen, einen besonders sachverständigen Mitarbeiter für die Aufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten zu gewinnen, den Kommerzienrat Dr. Guggenheimer, der der Direktion der Augsburg-Nürnberg Maschinenfabrik angehört und seit längerer Zeit eine Reihe schwieriger Verhandlungen mit Frankreich in seiner Eigenschaft als Präsident der Rücklieferungskommission geführt hat. Guggenheimer hat den Posten eines Reichskommissars im Ehrenamt übernommen.

## Churchills Dreilbund

Zwischen Frankreich und England wird, wie bereits in der letzten Nummer der „Voss“ hervorgehoben wurde, mit erhöhtem Eifer die Frage erörtert, ob die bisherige Entente in ein förmliches Bündnis umgewandelt werden soll. Die „Times“ erklärten neuerdings, die Entente könne nicht so bleiben, wie sie sei; sie müsse enger werden oder lockerer werden. In besonders bemerkenswerter Weise griff in diese Aussprache der englische Kolonialminister Winston Churchill ein, der im Kabinett Lloyd George einen wachsenden Einfluss ausübt. Er erklärte in einer Rede in Manchester, es gebe nur eine Lösung, die den dauernden Frieden sichere: die Zusammenarbeit nicht nur Frankreichs und Englands allein, sondern Frankreichs, Englands und

Deutschlands gemeinsam zum Zweck des europäischen Wiederaufbaus. Der englische Kolonialminister, der in diesem Zusammenhang nicht vom britischen Weltreich, sondern bescheiden nur von „Grossbritannien“ sprach, wies England die Aufgabe zu, „die Erbitterung zwischen dem französischen und dem deutschen Volke zu mildern“. Besonderen Nachdruck legte er auf den Nachweis, dass der Welt nur durch eine allgemeine Schuldreduktion geholfen werden könne. Wenn Amerika seine Schulden einziele, so würde es seinen Ausfuhrhandel zerstören, und Deutschland müsse, wenn es seine Schulden ganz bezahlen solle, solche Anstrengungen machen, dass es die grösste Ausfuhrleistung, die man je erlebt habe, werde. Den grossen Nationen der Welt würde deshalb eines Tages zum Bewusstsein kommen, dass es für alle vorteilhaft wäre, die gegenseitigen Schulden auf ein Mass herabzusetzen, das nicht unvereinbar sei mit gesundem Handel, mit normalen Währungen und mit angemessenen Arbeitsbedingungen. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass englische Handelskreise private Vereinbarungen mit der deutschen Wirtschaft suchen, um gemeinsam Geschäfte im Osten zu machen.

## Die „Sperrfrist“ läuft ab

Im August läuft die zweiwöchige „Sperrfrist“ ab, die in der Reichsverfassung vorgesehen ist. Während dieser zwei Jahre sollten Abstimmungen auf Grund des Artikels 18 der Reichsverfassung nicht vorgenommen werden, d. h. es sollte in dieser Zeit der jetzige Gebietsumfang der „Länder“ nicht verändert werden. Ursprünglich hatte dem Schöpfer der Verfassung, dem damaligen Minister Preuss, der Gedanke vorgelebt, als Unterbau für das Reich der Deutschen eine Neugliederung der Länder vorzunehmen, ohne Rücksicht auf die bisherigen Grenzen der Bundesstaaten, die teils durch Napoleon, teils durch dynastische Verbindungen geschaffen wurden. Der Gedanke der Neugliederung schitterte. Infolgedessen behandelt die Reichsverfassung einen Grossstaat wie Preussen als förmlich „gleichberechtigt“ mit Zwerggebilden von der Art der Republiken Waldeck und Lippe, die eigene Ministerien unterhalten und von Zeit zu Zeit Ministerkrisen veranstalten. Da die Neugliederung nicht mit einem Schlag erfolgte, wollte man ein Kompromiss schaffen: die Möglichkeit, durch Volksabstimmung Teile der bisherigen Länder abzutrennen oder zusammenzufassen. Eine starke Selbständigkeitsbewegung ist in Hannover entstanden, die die Bildung eines Freistaats Niedersachsen erstrebt. An sich ist auch im Rheinland vielfach die Stimmung für die Bildung eines selbständigen Bundesstaats vorhanden. Um so bemerkenswerter ist, dass sich sämtliche politische Parteien des Rheinlands dieser Tage verpflichtet, für die Dauer der Besetzung rheinischen Gebietes jeder Abstimmung auf Grund des Artikels 18 entgegenzutreten. Darüber hinaus haben die Parteien den Wunsch

ausgesprochen, dass auch in anderen Landesteilen mit Rücksicht auf die Lage des besetzten Gebietes Abstimmungsbestrebungen bis zu diesem Zeitpunkt ruhen. Eventuell soll die Sperrfrist entsprechend verlängert werden.

## Neue Spannung in Oberschlesien

Am 12. Juni sollte die Säuberungsaktion in Oberschlesien durch die alliierten Truppen, die durch eine englische Division unter General Hennicke verstärkt worden war, beginnen. Sie sollte bis zum 22. Juni das ganze Abstimmungsgebiet befreien und den früheren Rechtszustand wiederherstellen. Das waren die Pläne und Vereinbarungen der leitenden Ententestellen. In Oppeln jedoch zeigte sich, dass die bereits vorher vorhandenen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Abstimmungskommission und zwischen den verschiedenen Truppenkontingenten jede Initiative lähmten. Diese Situation benutzte der über alle Einzelheiten direkt informierte Korfany, um seine „Bedingungen“ zu stellen und dadurch zu erreichen, dass er sozusagen als kriegführende Macht anerkannt wurde. Die deutschen Parteien Oberschlesiens hatten sich aus ihrer Mitte einen zwölfgliedrigen Vertreterausschuss geschaffen, dem sich der deutsche Selbstschutz und sein Führer, General Hüfer, unterstellt hatte. Die Interalliierte Kommission stellte sich, genau nach den Rezepten Korfanys, auf den Standpunkt, dass der deutsche Selbstschutz, der zur Unterstützung der durch den Aufstand bedrohten Rechtsordnung geschaffen worden war, gleichzeitig mit den Aufständischen aufzulösen sei. Diese Frage trat um so mehr in den Vordergrund, als die französischen Mitglieder der Abstimmungskommission und die französischen Truppenteile offenbar um jeden Preis ein gewaltsames Vorgehen gegen die Aufständischen zu verhindern suchten. Die Vertretung der deutschen Parteien lehnte es in den Besprechungen mit der Abstimmungskommission ab, den Selbstschutz zurückzurufen, ehe die Vertreibung der Aufständischen erfolgt sei. Angesichts des Vorausgegangenen war diese Vorsicht sicherlich nicht unbegründet. Sie gab aber der Abstimmungskommission den Vorwand, die Säuberungsaktion überhaupt einzustellen. Gleichzeitig wurde ein diplomatischer Druck auf die Berliner Regierung ausgeübt, um das Programm der I. A. K. durchzusetzen. Im Hintergrund dieser ganzen Auseinandersetzungen stehen zweifellos die weltpolitischen Vorgänge: auf der einen Seite die immer stärker betonte amerikanisch-englische Verständigung, die den französischen Einfluss in den grossen Fragen unwirksam macht, und dann die Begegnung zwischen Loucheur und Rathenau, die anscheinend in englischen Kreisen sehr ungern gesehen wurde. Die wirkliche Entscheidung über Oberschlesien fällt nicht an Ort und Stelle, sondern im Rahmen der grossen internationalen Weltpolitik.

## Das englische Orientprogramm

Als Auftakt zu den Beratungen der britischen Reichskonferenz — siehe 2. Seite — über die kleinasiatischen und arabischen Fragen hat der englische Kolonialminister Churchill, der im Frühjahr d. J. auf einer längeren Reise nach dem Orient diese Probleme an Ort und Stelle studiert hat, im Unterhause das englische Orientprogramm entwickelt. Gegenüber den Forderungen der englischen Altliberalen unter Asquith und der Arbeiterpartei, im Interesse der Erleichterung der englischen Steuerlasten auf militärische und politische „Abenteuer“ ausserhalb der Grenzen des bisherigen Weltreiches zu verzichten, führte Churchill aus: „Wir haben fernerlich übernommen, als Mandatarmacht für Palästina und Mesopotamien zu fungieren. Wir können die Verantwortung nicht abwälen und unsere Heere nicht an die Küste zurückziehen, weil wir dadurch die Bevölkerung der schlimmsten Anarchie überlassen würden. Wir können die Juden in Palästina den Misshandlungen der Araber und Städte wie Bagdad der Plünderung wilder Beduinen nicht preisgeben.“

Ueber die geplante Regierungsform für Mesopotamien erklärte der englische Minister: „Wir haben beschlossen, eine arabische Regierung unter einem arabischen Oberhaupt einzusetzen. Diese provisorische Regierung soll durch eine Regierung ersetzt werden, die durch eine arabische Nationalversammlung gewählt werden wird. Ferner soll eine arabische Armee für die Zwecke der Landesverteidigung gebildet werden. Emir Faisal ist benachrichtigt worden, dass er von der britischen Regierung unterstützt wird, wenn er dem Volke von Irak als First genähmt sein sollte. Würde der Emir von dem Volke anerkannt werden, so würde damit ein schwieriges Problem gelöst sein. Es kann nicht erwartet werden, dass wir die Verantwortung für Mesopotamien in alle Ewigkeit tragen sollen. Unsere Politik geht vielmehr dahin, eine unabhängige Regierung einzusetzen und sie so lange zu unterstützen, bis sie fähig ist, aus eigenen Kräften zu bestehen. Wir hoffen, alle britischen Truppen zurückziehen zu können, wenn der arabische Staat aufgebaut sein wird.“

## Proteststreik in Bayern

In München wurde der unabhängige Abgeordnete Gareis, nachdem er in einer Freidenkerversammlung gegen die Verkirklichung der Schule gesprochen hatte, vor dem Tor seiner Wohnung durch Revolvergeschosse getötet. Unmittelbar vorher war der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Saenger von politischen Gegnern schwer misshandelt worden. Im Zusammenhang mit drastischen Aufforderungen deutschvölkischer Blätter, der Entwaffnungsaktion durch Terrorakte nach Art der italienischen Faschisten Widerstand zu leisten, rief die Blätter bei den linksstehenden Gruppen eine grosse Erregung hervor, die sich in dem Beschluss eines dreitägigen Proteststreiks in München äusserte. Zum erstenmal seit längerer Zeit gingen dabei die Sozialdemokraten mit den Kommunisten, deren aussichtslose Forderung, dass die Regierung Kahr zurücktreten müsse, sie allerdings klugerweise aus dem Aktionsprogramm entfernten. Die Streikparole hatte im Lande nicht die erwartete Wirkung. Auch in München blieb es bei einem Teilstreik, und die Aufforderung, auch die lebenswichtigen Betriebe in den Streik einzubeziehen, hatte keinen Erfolg. Das scharfe Vorgehen der Polizei, die die Aufforderungen zum Generalstreik konfiszierte und alle Versammlungen kurzweg verbot, bezeugte nirgends erstem Widerstand. Die Machtverhältnisse in Bayern haben, wie sich bei dieser Gelegenheit erneut zeigte, seit 1918 eine immer stärkere Verschiebung nach rechts erfahren. Auf diese Machtverteilung hat eine Agitation ausserhalb Bayerns höchstens den Einfluss, dass sie die Position der Opposition schwächt, da sie leicht als ein Einmischungsversuch der „Berliner Strasse“ hingestellt werden kann. Wer Bayern einigermassen kennt, weiss, dass selbst Anhänger der Sozialdemokratie dieses rote Tuch scheuen.

## Diese Ausgabe enthält:

### Politischer Teil:

Die britische Reichskonferenz von H. W. Edwards / Dinge, die sich im Orient vorbereiten von Liman v. Sanders, General der Kavallerie

### Technischer Teil:

Ein Kehlspiegel für den Förderericht / Eine eigenartige Brückenkonstruktion / Der Mercedes-Sieg im Floriorenrennen / Flugwesen und Eisenbahn

### Export-Teil:

Ausfuhrabgabe und Sachleistungen / Die Lehren der Bankbilanzen / Der Aussenhandel der Schweiz / Der Weltfrachtenmarkt von Paul Rudolf Singer.

### Kunst und Wissenschaft:

Volkstümlichkeit in der Musik von Dr. Leon / Philosophie des Als Ob. / Die Fünfzig Bücher / Messing-Kunst von Max Osborn / Der unentbehrliche Bodex / Der Trickfilm

16 Seiten — 9 Bilder

Nächste Ausgabe:

## Neue zahnärztliche Instrumente